

Klaus J. Becker M.A.:

Der lange Weg von der KPD zur SPD

1945-1949

Nach neun Jahren im Exil kehrte Herbert Müller unangekündigt und selbst für seine Familie überraschend Anfang August 1945 in seine Heimatstadt Ludwigshafen zurück. Noch im gleichen Monat wurde er auf einer von etwa 20 Parteimitgliedern besuchten Versammlung zum Vorsitzenden des Bezirkes Pfalz der KPD gewählt. Anschließend wurde unter schwierigsten technischen Bedingungen der Wiederaufbau von illegalen Ortsgruppen forciert. Dabei mußte zunächst festgestellt werden, welche der ehemaligen Parteimitglieder in der Pfalz sich dem nationalsozialistischen Staat verweigert hatten und nach 12 Jahren individuellen Terrors für den Wiederaufbau der Partei noch zur Verfügung standen. Anschließend wurde mit der Werbung neuer Mitstreiter begonnen.

Die Wiederzulassung der pfälzischen KPD

Am 14. August 1945 bemühte sich Herbert Müller mit einem Schreiben an die französische Militärregierung erstmals um eine Legalisierung der KPD für Ludwigshafen und die Pfalz, in dem er nachwies, daß die Nationalsozialisten in der Pfalz bei keiner demokratischen Wahl eine Mehrheit gewonnen hatten und in dem er den antifaschistischen Charakter der Ludwigshafener Arbeiterbewegung herausstellte. Nachdem Müller vom pfälzischen Regierungspräsidenten Hoffmann bei der Bezirksregierung in Neustadt das Dezernat für Presse und Information angeboten worden war, was Müller jedoch abgelehnte, wurde er im September 1945 von der Militärregierung zum Mitglied des Redaktionsausschusses der "Rheinpfalz" berufen. Am 17. November 1945 ersuchte Herbert Müller in einem Schreiben an die französische Militärregierung in Neustadt um eine Zulassung der "Kommunistischen Partei Deutschlands für die Rheinpfalz.". Beigefügt wurde dem Schreiben ein Zehn-Punkte-Programm der pfälzischen KPD, basierend auf dem Berliner ZK-Aufruf vom 11. Juni 1945. Unterzeichnet war der Antrag von 26 pfälzischen Kommunisten aus den Kreisen Ludwigshafen, Frankenthal, Kaiserslautern, Kirchheimbolanden, Landau, Neustadt, Speyer, Zweibrücken und Pirmasens, die Verfolgte der nationalsozialistischen Diktatur gewesen waren. Den gleichlautenden Antrag sandte Herbert Müller, verbunden mit dem Angebot, „auf wirksame Weise an der Umerziehung des deutschen Volkes beizutragen“, am 1. Dezember

1945 auch an die Französische Zentrale Militärregierung in Baden-Baden. Allerdings gestattete Frankreich mit der Verordnung Nummer 23 - als letzte der vier Besatzungsmächte - erst ab dem 13. Dezember 1945 die Wiedergründung von Parteien in seiner Besatzungszone. Bezugnehmend auf die Verordnung Nummer 23 beantragte Herbert Müller am 1. Januar 1946 bei der Militärregierung in Baden-Baden die „Zulassung der Kommunistischen Partei für die Rheinpfalz“. Dem Antrag wurde das Zehn-Punkte-Programm der pfälzischen KPD vom 17. November 1945 beigefügt. Diesmal war der Antrag nur von neun Parteimitgliedern unterzeichnet. Neu waren die Ludwigshafener Fritz Baumgärtner und Hermann Laub hinzugekommen, während Herbert Müller, Franz Braun, Oskar Brill, Ernst Graff, Lina Herbst, Johann Kannegiesser und Ludwig Westermann bereits den Antrag vom 17. November 1945 unterzeichnet hatten. Die Ausführungsbestimmungen der Militärregierung zur Gründung der Parteien vom 12. Januar 1946 legten allerdings deren Konstituierung von oben nach unten fest, so daß zunächst Regionalorganisationen und dann erst Lokalorganisationen zu bilden waren. Hingegen wurden sowohl zonale Zusammenschlüsse als auch der Anschluß an eine gesamtdeutsche Partei untersagt. Auch die Verwendung des "D" in den Parteinamen der KPD bzw. SPD war in der Französischen Besatzungszone offiziell zunächst nicht gestattet. Daraufhin suchte Herbert Müller am 27. Januar 1946 für seinen bereits im Dezember 1945 um Rheinhessen erweiterten Parteibezirk die Genehmigung zur Gründung der "Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz" nach. Entsprechend dieser Änderung wurde der Kreis der Antragsteller um den Wormser Wilhelm Lautenschläger erweitert. Letztlich erhielt die KP Hessen-Pfalz, als erste Partei in Rheinhessen und der Pfalz, mit Erlaß Nummer 14 vom 4. Februar 1946 die Genehmigung durch General Bouley als Oberster Beauftragter der Militärregierung Hessen-Pfalz. Gleichzeitig wurde ein vorläufiger zehnköpfiger Ausschuß der KP Hessen-Pfalz genehmigt, der aus den Antragstellern Herbert Müller, Fritz Baumgärtner, Hermann Laub und Lina Herbst (alle Ludwigshafen), dem Lambrechter Bürgermeister Franz Braun, dem Kaiserslauterner Oskar Brill, dem Neuhofener Ernst Graff, dem Speyrer Johann Kannegiesser und dem Frankenthaler Ludwig Westermann, sowie dem Wormser Wilhelm Lautenschläger als einzigem Vertreter Rheinhessens bestand. Sämtliche Ausschußmitglieder waren bereits vor 1933 als Funktionäre der KPD politisch aktiv und im "Dritten Reich" verfolgt gewesen. Darum wurden auch gerade sie der Militärregierung als Gründungsmitglieder vorgeschlagen. Der Ausschuß war autorisiert, ohne vorherige Genehmigung nun Ortsgruppen der KP zu gründen, mußte aber über jede Gründung ein „Verzeichnis der leitenden Personen unter Beifügung des Fragebogens“ an die zuständige Verwaltungsbehörde senden. Entsprechend forderte der Gründungsausschuß, der sich selbst

als „Landesleitung Hessen-Pfalz der Kommunistischen Partei“ definierte, am 13. Februar 1946 die Parteimitglieder zur Durchführung entsprechender Gründungsversammlungen auf. So führte am Samstag, dem 23. Februar 1946, die Ortsgruppe Ludwigshafen der KP Hessen-Pfalz ihre erste Mitgliederversammlung durch. Als Redner trat der Bezirksvorsitzende Herbert Müller auf. Schließlich wurde Herbert Müller Ende Februar 1946 auch zum Landesvorsitzenden der Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz gewählt. Entsprechend war der Sitz der noch immer illegalen Bezirksorganisation der KPD in Ludwigshafen mit dem provisorischen Sitz der Landesorganisation der Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz identisch (jeweils die Privatwohnung Herbert Müllers in der Ebertstraße 5 in Ludwigshafen-Friesenheim). Seinen ersten öffentlichen Auftritt als Landesvorsitzender hatte Herbert Müller am 10. März 1946 auf einer Feier der KP Worms anlässlich der Wiederzulassung durch die Militärregierung. Bereits zwei Tage später referierte Herbert Müller über „Was wir Kommunisten wollen“ auf einer Mitglieder-Feier der KP Ludwigshafen. Einen ersten Organisationsbericht für die KP Hessen-Pfalz gab Herbert Müller auf der zweiten Konferenz der Süddeutschen Parteibeirke der KPD in Stuttgart am 12. und 13. Februar 1946. Dabei betonte er die starke Verankerung der Partei in den Betrieben. Gegenüber 1933 hätte sich die Mitgliederzahl der KPD-Betriebsgruppen überall mindestens verdoppelt. Auf dem Lande sei jedoch der Mitgliederstand von 1932 noch nicht erreicht. Die ideologische Einstellung und Festigkeit der Genossen sei noch sehr unterschiedlich. Weiterhin gab Müller einen Überblick über den Stand des Gewerkschaftsaufbaus, der beabsichtigten Einheitsfront mit der SPD, sowie der Jugend- und Kriegsgefangenenpolitik im Bezirk Hessen-Pfalz.

Landesvorsitzender der KP Hessen-Pfalz

Der 1. Landesparteitag der KP Hessen-Pfalz, der gleichzeitig der 14. Bezirksparteitag der pfälzischen Kommunisten war, tagte am 18. und 19. Mai 1946 in Ludwigshafen unter der Losung "Im Zeichen der sozialistischen Einheit". 553 Delegierte repräsentierten 234 Ortsgruppen und 67 Betriebsgruppen. Weiterhin waren 164 Gastdelegierte anwesend, darunter 37 Sozialdemokraten, die u.a. in einem „Einheitsausschuß“ in Zweibrücken organisiert waren. Am Samstag, dem 18. Mai 1946, begrüßte Herbert Müller zunächst ausdrücklich die KPD-Mitglieder aus Rheinhessen und betonte deren erzwungene Anwesenheit durch die Zonen-Grenzziehung der Alliierten. Weiter gedachte er der regionalen Opfer des Faschismus und verwies auf die lange KZ-Haft anwesender Delegierter. Nach seinen Angaben hatte sich die Mitgliederzahl der KPD in Rheinhessen und der Pfalz inzwischen gegenüber 1933 bereits verdreieinhalbfacht. Darunter seien über 450 Mitglieder

bereits 25 Jahre in der Partei. Nach weiteren Referaten wurde der Parteitagssamstag mit einer künstlerisch gestalteten Abendfeier beendet, in deren Mittelpunkt ein weiteres Referat von Herbert Müller über „Sozialistische Einheit zur Rettung des Volkes“ stand. Am Sonntag wurden Herbert Müller zum Abschluß des Parteitages als Landesvorsitzender der KP Hessen-Pfalz und eine fünfzehnköpfige engere Landesleitung (u.a. die Ludwigshafener Fritz Baumgärtner, Willy Feller, und Lina Herbst) einstimmig bestätigt.

Auch an der Abwehr des Nachkriegsseparatismus war Herbert Müller - wie bereits in der Weimarer Republik - führend beteiligt. So veröffentlichten am 25. Mai 1946 SPD, KPD, CDU und der Soziale Volksbund eine gemeinsame Erklärung gegen entsprechende Bestrebungen in der Pfalz. Daraufhin wurden u.a. Herbert Müller und der kommunalpolitische Sprecher der pfälzischen KPD Georg Weiler zur Militärregierung nach Neustadt bestellt und über deren Politik belehrt. Dennoch traten die vier Parteien am 27. Mai 1946 zu einer gemeinsamen Konferenz zusammen und bekräftigten ihre Erklärung vom 25. Mai 1946.

Am 5. August 1946 schrieb die Militärregierung mit den Verordnungen Nr. 50 bis 54 in der Französischen Besatzungszone für den 15. September 1946 Gemeindewahlen aus. Die KPD eröffnete den Wahlkampf am 25. August 1946 mit einer gemeinsamen Mitgliederversammlung aller Ortsgruppen in Ludwigshafen. Herbert Müller referierte über die Stellungnahme der KPD zu den Gemeindewahlen. Noch vor Durchführung der Wahl verkündete die Militärregierung mit der Verordnung Nr. 57 vom 30. August 1946 die "Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes", bestehend aus der Pfalz und den Regierungsbezirken Trier, Koblenz, Mainz und Montaubaur mit Mainz als Hauptstadt. Begründet wurde dies mit der Absicht, die deutsche Bevölkerung mit der Verwaltung ihres Landes innerhalb genügend großer Gebietsteile zu betrauen und gleichzeitig den verwaltungsmäßigen Aufbau der Französischen Besatzungszone zu vereinfachen. Weiter wurden in der Verordnung die Bildung einer beratenden Versammlung und einer vorläufigen Regierung in Aussicht gestellt, die gemeinsam einen durch Volksentscheid zu billigenden Verfassungsentwurf ausarbeiten sollten. Zur Vorbereitung sollte eine gemischte Kommission aus Mitgliedern der Oberpräsidien Rheinland-Hessen-Nassau und Hessen-Pfalz gebildet werden. Zur Konkretisierung dieser Verordnung wurde mit den Verordnungen Nr. 62 und 63 vom 2. September 1946, ergänzend zu den Gemeinderatswahlen zur Wahl der Beratenden Landesversammlung, die zusätzliche Abhaltung von Kreisversammlungswahlen in Rheinland-Pfalz für den 13. Oktober 1946 festgelegt.

Am 15. September 1946 erhielt die KPD in Ludwigshafen 9 459 Stimmen (16,9%). Mit 7 Genossen war Herbert Müller damit nach 13 Jahren wieder frei gewählter Stadtrat und wurde zum Vorsitzenden der KPD-Fraktion bestimmt. Gemeinsam mit vier weiteren Kommunisten wurde er am 15. Oktober 1946 auch in die Kreisversammlung Ludwigshafen gewählt, die sowohl die Stadt als auch die heutigen Landgemeinden repräsentierte. Zuvor hatte die Militärregierung mit der Verordnung Nr. 67 vom 8. Oktober 1946 bereits abschließend den Wahlmodus für die Beratende Landesversammlung in Rheinland-Pfalz festgelegt. Danach sollten vier Wahlkörper (jeweils die noch zu wählenden Mitglieder der Kreisversammlungen von Rheinland-Hessen-Nassau und der Pfalz, sowie die schon gewählten Mitglieder der Gemeindevertretungen mit mehr als 7 000 Einwohnern in Rheinland-Hessen-Nassau und der Pfalz) die 127 Mitglieder der vorläufigen Landesversammlung nach dem Grundsatz der Verhältniswahl bestimmen. Daraufhin wählten am 17. November 1946 insgesamt 1 655 Wahlberechtigte auf zwei getrennten Wahlversammlungen in Koblenz und Neustadt 70 Mitglieder der CDU/CDP, 41 Mitglieder der SPD, 9 Mitglieder der KPD (darunter Herbert Müller), sowie 5 Mitglieder des Sozialen Volksbundes und 2 Mitglieder der Liberalen Partei. Die Beratende Landesversammlung in Rheinland-Pfalz nahm ihre Tätigkeit am 22. November 1946 im Koblenzer Stadttheater auf. Dabei wurde Herbert Müller in den Ältestenrat gewählt. Neben der Verfassungsfrage sollten das Ernährungsproblem und die Entnazifizierung im Mittelpunkt der Debatten stehen. Trotz der Beschränkung ihrer parlamentarischen Rechte war die BLV also viel mehr als nur eine Konstituante. Ihre vornehmste Aufgabe blieb die Erarbeitung eines Verfassungsentwurfes. Allerdings stimmten am 25. April 1947 die Vertreter der KPD und SPD gegen den von der absoluten CDU-Mehrheit im Verfassungsausschuß geprägten Entwurf für eine Verfassung für Rheinland-Pfalz. Dieser wurde anschließend anlässlich der ersten rheinland-pfälzischen Landtagswahl am 18. Mai 1947 den Bürgern zur Abstimmung vorgelegt.

Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen KPD

Zuvor beschloß der 15. Parteitag der pfälzischen Kommunisten, der durch die erneute Anwesenheit rheinhessischer Kommunisten und die erstmalige Anwesenheit der Delegierten aus dem Bezirk Rheinland-Hessen-Nassau gleichzeitig als der Zweite Landesparteitag der Kommunistischen Partei für Rheinland-Pfalz bezeichnet wurde, die Annahme der Grundsätze und Ziele der SED. Die ursprünglich für den 15. Parteitag geplante Vereinigung mit der SED mußte auf Druck der französischen Besatzungsmacht unterbleiben. Anlässlich des 129. Geburtstags von Karl Marx am 5. Mai 1947 war der Parteitag am Samstag, den 3. Mai und am

Sonntag, dem 4. Mai 1947, zusammengetreten, weshalb er auch symbolisch noch den Zusatz "Karl-Marx-Parteitag" erhielt. 649 Delegierte aus 317 Ortsgruppen, 157 Delegierte aus 65 Betriebsgruppen und 338 Gastdelegierte manifestierten die in der politischen Praxis bereits vollzogene Bildung eines Landesverbandes Rheinland-Pfalz der KPD mit den beiden Bezirken Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen-Nassau. Den Parteitag eröffnete Landesvorsitzender Herbert Müller mit einem zweistündigen Grundsatzreferat über das Thema „Um Deutschlands Zukunft und sozialistische Einheit“, worin er sich insbesondere für einen deutschen Weg zum Sozialismus und für die Zulassung der SED in der FBZ aussprach. Nach einer ausführlichen Diskussion folgte die Abendveranstaltung des Parteitages, in deren Mittelpunkt das Gedenken an Karl Marx stand. Am Sonntagmorgen setzte der Parteitag seine Arbeit mit einem Referat Willy Fellers zur Bedeutung der Landtagswahl und über die Haltung der KPD zum rheinland-pfälzischen Verfassungsentwurf fort. Im Anschluß erfolgte in geheimer Abstimmung die Wahl der neuen Landesleitung der KP für Rheinland-Pfalz. Herbert Müller wurde zum ersten Landesvorsitzenden gewählt.

Bei der Landtagswahl am 18. Mai 1947 erhielt die KPD 100 819 (8,7%) Wählerstimmen. Herbert Müller übernahm den Vorsitz der aus 8 Mitgliedern bestehenden kommunistischen Fraktion im Landtag. Am 8. Juli 1947 unterzeichnete er für die KPD ein Toleranzabkommen mit CDU, SPD und DP, das einem Regierungsprogramm gleichkam. Die KPD sah sich nun im Rahmen einer Allparteienregierung vor die Aufgabe gestellt, minimale eigene Forderungen bei Hinnahme einer kapitalistischen Restauration in Rheinland-Pfalz durchzusetzen. Dennoch begrüßte sie die Allparteienregierung, da eine Partei allein keine Chance habe, das "Chaos zu überwinden“. Am 6. November 1947 wandte sich Herbert Müller im Landtag erneut entschieden gegen jede Form des Separatismus in der Pfalz. Hierzu wurde auch eine gemeinsame Erklärung der vier im Landtag vertretenen Parteien verabschiedet. Zum Bruch zwischen den Regierungspartnern kam es auf der 26. Sitzung des Landtages am 7. April 1948, als Ministerpräsident Altmeier in einer Regierungserklärung die Einbeziehung Deutschlands in den Marshall-Plan und die Westeuropäische Union forderte. Daraufhin beantragte die CDU-Fraktion, dem kommunistischen Minister für Wiederaufbau, Willy Feller, das Vertrauen zu entziehen, da er nicht in der Regierung sitzen könne, während er gleichzeitig die grundsätzliche Politik dieser Regierung bekämpfen müsse. Die Auseinandersetzung über den Marshall-Plan entlud sich bei der Rede Herbert Müllers in eine generelle Debatte zwischen der KPD einerseits und der CDU und SPD andererseits über die Ursachen der Spaltung Europas in Ost und West. Am 9. April 1948 wurde der Mißtrauensantrag der

CDU gegen Minister Feller in namentlicher Abstimmung mit 74 Stimmen von CDU und SPD gegen sechs Stimmen der KPD und acht Enthaltungen der Liberalen angenommen.

Der Sturz des „anständigen Kommunisten“

Am 27. April 1948 trat in Herne eine Delegiertenkonferenz der Landesvorstände der KPD zusammen und beschloß bei 251 Ja-Stimmen, 19 Enthaltungen und 18 Gegenstimmen die Umbenennung ihrer Partei in Sozialistische Volkspartei Deutschlands (SVD). Einstimmig dagegen wurde der erste westdeutsche Parteivorstand der KPD (SVD) mit Max Reimann als Vorsitzenden, sowie Walter Fisch und Kurt Müller als seine Stellvertreter gewählt. Aus Rheinland-Pfalz wurde nur Otto Niebergall in den PV, aber nicht in dessen Sekretariat oder zu einem seiner Abteilungsleiter gewählt. Die KPD begründete die Umbenennung mit ihrer "seit 1945 entwickelten neuen Politik ... nicht nur für die Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch für die des ganzen deutschen Volkes" und ihrem alleinigen Halten des Banner des Sozialismus in Folge der "Koalitionspolitik der SPD im Interesse des Marshall-Plans". Das Sekretariat der Landesleitung Rheinland-Pfalz begrüßte auf seiner Sitzung die Herner Entscheidungen bereits am folgenden Tag in einen Telegramm an den neuen Parteivorstand. Auf der gleichen Sitzung ersetzte es aber auch den bisherigen Landesvorsitzenden Herbert Müller durch Otto Niebergall! Begründet wurde dies mit einer fehlenden kollektiven Leitung und einem mangelnden Durchsetzungsvermögen Herbert Müllers, der gegenüber der SPD zu duldsam gewesen sei. Insbesondere wurde Müller die Unterzeichnung des Toleranzabkommens von 1947 und sein Ruf als „anständiger Kommunist“ vorgeworfen, der ihn als „zu menschlich“ für einen Landesvorsitzenden ausweise. Statt dessen brauche man einen Mann, der „mit dem Kopf durch die Wand geht“! Niebergall hatte aus Herne auch die vorgefertigten Umbenennungsanträge an die Militärregierung und den Landtagspräsidenten mitgebracht. Bezeichnenderweise mußte diese aber noch von dem gerade als Landes- und Fraktionsvorsitzender abgesetzten Herbert Müller unterzeichnet werden.

Am 7. Mai 1948 trat in Trier eine "Landesparteiarbeiter-Konferenz" der KPD zusammen. Diese Funktionärsversammlung billigte in einer siebenstündigen Aussprache "fast einmütig" die Herner Beschlüsse und sprach sich danach mit 387 zu 1 Stimme für die Bildung eines Landesverbandes der SVD durch die KPD in Rheinland-Pfalz aus. Während die Delegierten dem neuen Parteivorstand unter Max Reimann einstimmig das Vertrauen aussprachen, wurde ihnen vor Ort Otto Niebergall als neuer Landesvorsitzender präsentiert. Parallel dazu wurde der Sitz des Landessekretariats von Ludwigshafen nach Mainz verlegt und die neue

Landesleitung beauftragt, die Neuwahl der Mitglieder des Sekretariats auf der nächsten Sitzung des bisherigen Landesvorstandes der KPD vorzunehmen. Am 5. Juni 1948 tagte zum ersten Mal der neue Landesvorstand der KPD (SVD) in Mainz, der auf der Landesparteiarbeiter-Konferenz in Trier um einige Funktionäre erweitert worden war. Dem auf dieser Landesvorstandssitzung neu gewählten Landessekretariat gehörte auch Herbert Müller als Vorsitzender des Parteibezirkes Pfalz an. Weiterhin verblieb Müller im eigentlichen Entscheidungsträger des neuen Landessekretariats der KPD (SVD), nämlich im "engeren Sekretariat", das nur Otto Niebergall, Willy Prinz, Willy Feller, Herbert Müller und Wolf Greisinger bildeten. Allerdings wurde der Parteiname SVD von den rheinland-pfälzischen Kommunisten bereits Mitte Juni nicht mehr verwendet, da sich die französische Militärregierung bald dem bereits am 7. Juni 1948 erfolgten Verbot des neuen Parteinamens der KPD durch die britische Militärregierung anschloß. Zuvor wurde bereits am 12. Mai 1948 die Zustimmung zu einer noch vom bisherigen Fraktionsvorsitzenden Herbert Müller schriftlich beantragten Umbenennung der KPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz in eine Fraktion der SVD auf der 28. Sitzung vom Präsidenten des Landtages verweigert, da dafür keine Anerkennung durch die Militärregierung vorliege.

Der 16. Bezirksparteitag der pfälzischen Kommunisten trat am 4. und 5. September 1948 zusammen. Er repräsentierte mit dem Stand vom 30. Juni 1948 immer noch 11 237 Parteimitglieder (8 404 Männer, 1 888 Frauen und 945 Jungkommunisten) in 218 Ortsgruppen, 185 Stützpunkten und 40 Betriebsgruppen. Dazu kamen rund 3 500 Mitglieder der FDJ in 88 Ortsgruppen. Herbert Müller sprach zur Lage in der Pfalz und den daraus resultierenden Aufgaben der Partei. Danach informierte Otto Niebergall über den neuen Organisationsaufbau der KPD, der den "politischen Erfordernissen entsprechend" eine direkte Verbindung des Landesvorstandes mit den Kreisen herstellte. Damit verlor der Bezirk Pfalz seine politische Selbständigkeit und wurde als regionale Gliederung direkt dem Landesvorstand unterstellt. In der Praxis bedeutete dieser neue Organisationsaufbau der KPD für die pfälzischen Kommunisten die Auflösung ihres Parteibezirkes, weshalb auch 44 von 112 Delegierten gegen den neuen Organisationsaufbau stimmten. Den neuen Organisationsaufbau der KPD und die damit verbundene generelle Auflösung aller Bezirkssekretariate und -leitungen hatte die 4. Tagung des Parteivorstandes der KPD vom 26. bis 28. August 1948 u.a. beschlossen, weil man durch die direkte Anbindung der Kreise an die Landesleitungen hoffte, der starken Mitgliederfluktuation in der KPD Herr zu werden, die die Partei bereits in der Weimarer Republik gekennzeichnet hatte. Von dieser Beschlußlage

war die pfälzische Bezirksleitung völlig überrascht worden: So war in der Tagesordnung des Bezirksparteitages noch die Neuwahl des Bezirksvorstandes vorgesehen gewesen und den Delegierten auch eine 33 Namen umfassende Vorschlagsliste mit den Unterlagen überreicht worden. Entsprechend nicht mehr bestätigt, verblieb dem bisherigen Bezirksvorsitzende Herbert Müller bis zu seinem Austritt 1949 nur noch das Amt des "Instruktors der Landesleitung für den Bezirk Pfalz", was seinen dramatischen Machtverlust nach dem Entzug des Landes- und Fraktionsvorsitzes vervollständigte. Trotzdem wurden auf der 26. Landesvorstandssitzung die Presseberichte über eine Säuberung der rheinland-pfälzischen KP im Zusammenhang mit der Abwahl Herbert Müllers energisch zurückgewiesen. Entsprechend wurde Herbert Müller nach der Kommunalwahl 1948, bei der die KPD in Ludwigshafen 8 473 (17,8%) Stimmen erhalten hatte, als Vorsitzender der achtköpfigen kommunistischen Stadtratsfraktion bestätigt. Weiterhin wurde er auch auf dem 3. Landesparteitag der rheinland-pfälzischen KPD am 18. und 19. Juni 1949 in Kaiserslautern wieder in das Landessekretariat gewählt. Auffällig war dann allerdings doch, daß im Juli 1949 mit Herbert Müller der bekannteste rheinland-pfälzische Kommunist von der KPD anlässlich der bevorstehenden ersten Bundestagswahl weder für ein Direktmandat nominiert noch auf der Landesliste plaziert worden war.

„Titoist“

Die Ursache hierfür dürfte im bereits laufen Parteiverfahren gegen Herbert Müller gelegen haben, denn am 15. Juli 1949 hatte er ein Schreiben vom stellvertretenden Parteivorsitzenden der KPD, Kurt Müller, erhalten, in dem ihm bürokratisches Verhalten und die Ablehnung jeglicher Selbstkritik gegenüber dem Sekretariat des Landesvorstandes vorgeworfen wurde, „wie sie die parteifeindliche Tito-Clique praktiziert“. Diese Gleichsetzung von Herbert Müller mit der „Tito-Clique“ war von zentraler Bedeutung, da ein Bekenntnis zu dem von den jugoslawischen Kommunisten propagierten eigenen - und damit von der KPdSU unabhängigen - Weg zum Sozialismus, die zu diesem Zeitpunkt größtmögliche innerparteiliche Verfehlung innerhalb der stalinistischen KPD war. Tatsächlich war Herbert Müller zwischenzeitlich hierzu im Besitz von Informationsbroschüren der Jugoslawischen Botschaft gewesen, die aber von seiner Sekretärin entwendet und dem Parteivorstand zugesandt worden waren und anschließend als Beweisgrundlage im Parteiverfahren gegen Herbert Müller dienten. Solche Broschüren hatten nach den Angaben des PV außer Müller noch sehr viele KPD-Funktionäre zugesandt bekommen und sie waren vom Herbert Müller nach eigenen Angaben in seiner Parteiagitation gegen den Titoismus verwendet worden!

Offensichtlich war der Parteivorstand mit dieser Erklärung aber nicht zufrieden, denn am 23. August 1949 wurde Herbert Müller per Telegramm für den folgenden Tag nach Frankfurt zu Kurt Müller vorgeladen. Dort wiederholte Müller noch einmal die bereits am 15. Juli 1949 gemachten Vorwürfe, was den Entfernungsprozeß zwischen Herbert Müller und der KPD nur beschleunigte. Zusätzlich wurde er am 14. September 1949 auf einer Sitzung der kommunistischen Stadtratsfraktion in Ludwigshafen aufgefordert, von seinem Fraktionsvorsitz zurückzutreten. Am 20. September 1949 bekräftigte das Landessekretariat, daß Herbert Müller seinen Fraktionsvorsitz im Ludwigshafener Stadtrat niederzulegen habe. Begründet wurde dies mit seinem „politischen Versagen als Fraktionsvorsitzender“ und dem „vom PV gegen den Genossen Müller eingeleiteten Verfahren“. Hierauf resignierte Müller endgültig und teilte am 21. September 1949 dem Ludwigshafener Oberbürgermeister seinen Rücktritt vom Fraktionsvorsitz mit. Völlig die Entwicklung verkennend, lud die Ludwigshafener KPD für den 28. September 1949 zu einer erweiterten Kreisvorstandssitzung ein, die nur einen „besonderen Tagesordnungspunkt“ umfaßte, nämlich „Besteht die Gefahr des Titoismus in unserer Partei?“.

Der Übertritt zur SPD

Herbert Müller war jedoch nicht mehr bereit, sich weiter der Parteiinquisition zu stellen, sondern formulierte nach 30jähriger Zugehörigkeit zur kommunistischen Bewegung seine Austrittserklärung aus der KPD, der er mit Datum vom 28. September 1949 seinen Beitritt zur SPD folgen ließ. Beides wurde am 30. September 1949 im Organ der pfälzischen Sozialdemokratie „Die Freiheit“ veröffentlicht. Herbert Müller begründete seine Entscheidung mit der persönlichen Demütigung durch die KPD. Diese sei stärker gewesen als die Demütigung, die er durch die Nationalsozialisten erlebt habe. Seine erfolgreiche Arbeit als Fraktionsvorsitzender der KPD sei durch Otto Niebergall und Willy Feller mit der Begründung "er sei zu menschlich" beendet worden. Dazu bemerkte Herbert Müller, daß er sich immer bemüht habe, den politischen Gegner zu achten. Weiter verwies er darauf, daß er niemals eine Plattform mit Tito oder eine Opposition innerhalb der KPD gebildet habe. Sein Austritt sei aus Gewissensgründen erfolgt. Noch auf der gleichen Seite erschien ein weiterer Artikel von Herbert Müller unter der Überschrift "Titoismus überall - Wo sind die Verräter?". Darin setzte er die beginnenden Schauprozesse in Osteuropa gegen echte und vermeintliche „Titoisten“ in Bezug zu den Prozessen gegen Bucharin, Sinowjew und Radek. Weiter wies er auf die innerdeutsche Emigration von ostdeutschen Kommunisten und Sozialdemokraten seit 1946 hin. Dagegen sei in der SPD eine aufrichtige Politik möglich. Das Presseecho auf den

Parteiwechsel Herbert Müllers war enorm. Der „Mannheimer Morgen“ kommentierte am 30. September 1949: „Ausgetreten! Herbert Müller: ein Leben für die KPD - vorbei.....“ Auch wenn der Kommentator mit dieser Feststellung recht hatte, konnte zu diesem Zeitpunkt noch niemand prophezeien, daß Herbert Müller noch weitere 45 Jahre vorbildlich für sein Ideal - einen demokratischen Sozialismus - wirken würde.

Der Autor: Klaus J. Becker promoviert mit einem Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung an der Universität Mannheim über „Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956“. In Erarbeitung seiner Dissertation konnte er zwischen 1993 und 1994 noch mehrere Gespräche zu diesem Thema persönlich mit Herbert Müller führen. Sie sind wesentliche Quellengrundlage dieses biographischen Abrisses über die unmittelbaren Nachkriegszeit. Weiterhin der umfangreiche Nachlaß, den der Autor seit 1995 mit Einverständnis der Angehörigen im Stadtarchiv Ludwigshafen sichtet. Martha Müller, Herbert Müller und Walter Müller sei auf diesem Wege dafür gedankt.

Eine Chronologie

1900 Herbert Müller wird am 13. September in Ludwigshafen geboren.

1915 Beginn der Ausbildung zum Schriftsetzer in der Buchdruckerei Weiß & Hameier in Ludwigshafen.

1917 Vorsitzender der Sozialistischen Jugend in Ludwigshafen.

1918 Militärdienst, anschließend Mitbegründer der Freien Sozialistischen Jugend in der Pfalz.

1919 Gehilfenprüfung, Beitritt zur KPD und zum Verband der Deutschen Buchdrucker.

1922 Fabrikarbeiter in der BASF.

1923 Mitglied der Bezirksleitung Pfalz der KPD und Ortsvorsitzender in Ludwigshafen. Eheschließung mit Martha Müller, geb. Weiß.

1924 Setzer bei der PEUVAG in Mannheim; Geburt des Sohnes Herbert.

1927 Geburt des Sohnes Walter.

1928 Mitglied des Bayerischen Landtags; Organisationsleiter des Bezirkes Pfalz der KPD.

1929 Mitglied des Stadtrates in Ludwigshafen.

1932 Organisationsleiter des Bezirkes Baden-Pfalz der KPD.

1933 Nach dem 30. Januar Mitglied der illegalen Bezirksleitung Baden-Pfalz und Leiter der illegalen Arbeit der KPD in der Pfalz als stellvertretender Bezirksvorsitzender. Am 2. Mai verhaftet; am 1. Juli erfolgt die Überstellung ins KZ Dachau.

1935 Entlassung aus dem KZ Dachau, danach erneut Widerstandsarbeit mit Verbindung zur Grenzstelle Straßburg der KPD.

1936 Flucht vor erneuter Verhaftung nach Frankreich; Mitarbeiter der Grenzstellen der KPD.

1937 Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Republik als Offizier der XI. Internationalen Brigade.

1938 Krankheitshalber mit Genehmigung der französischen Regierung zurück nach Frankreich, dort Betreuung internierter Kämpfer der republikanischen spanischen Armee.

1939 Bei Kriegsausbruch in Paris selbst interniert.

1940 Für den Kriegsdienst in der französischen Armee mobilisiert, Flucht vor der Wehrmacht nach Limoges. Anschließend als Angehöriger der 313. Gruppe der Arbeitskompanie „Travailleur Etranger“ als Drucker in Bellac beschäftigt.

1943 Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Südfrankreich erneute Illegalität. Führende Tätigkeit in der KPD und im Nationalkomitee Freies Deutschland in der Region Toulouse.

1944 Als Präsident des Nationalkomitees Freies Deutschland der Region Toulouse führt Herbert Müller Verhandlungen mit dem Comité Français Libération Nationale, um eine Betreuung deutscher Kriegsgefangener durch das Nationalkomitee Freies Deutschland zu erreichen. Gleichzeitig wird das Nationalkomitee Freies Deutschland als offizielles Organ der Resistance anerkannt.

1945 Im August Rückkehr nach Ludwigshafen, Vorsitzender des KPD-Bezirk Pfalz, Mitglied des Redaktionsausschusses der „Rheinpfalz“; Berufung in den politischen Beirat beim Oberregierungspräsidium in Neustadt.

1946 Landesvorsitzender der KP Hessen-Pfalz, Mitglied des Kreistages und des Stadtrates Ludwigshafen, sowie der Beratenden Landesversammlung Rheinland-Pfalz. Jeweils Vorsitzender der KPD-Fraktionen. Mitglied des Aufsichtsrats der Pfalzwerke AG und des Großkraftwerkes Mannheim.

1947 Landesvorsitzender der KPD Rheinland-Pfalz. Wahl in den Landtag von Rheinland-Pfalz und Vorsitzender der Landtagsfraktion der KPD. Lizenzträger der Zeitung „Neues Leben“ und Gesellschafter der Rheinverlag-GmbH, Ludwigshafen, Aufsichtsratsmitglied der Konsum-Genossenschaft Ludwigshafen.

1948 als Landesvorsitzender der KPD abgelöst, Bezirksvorsitzender in der Pfalz und Mitglied des engeren Sekretariats der Landesleitung der KPD Rheinland-Pfalz, Wiederwahl in den Stadtrat Ludwigshafen.

1949 Austritt aus der KPD und Übertritt zur SPD.

1950 Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Ludwigshafen, Mitglied des Bezirkstages der Pfalz.

1951 Wiederwahl in den Landtag Rheinland-Pfalz; Stellvertretender Vorsitzender des Petitionsausschusses.

1952 Wiederwahl in den Stadtrat Ludwigshafen.

1953 Mitglied der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft für naturgemäße Wirtschaft. Vertreter der SPD-Fraktion im Vorstand der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald in Rheinland-Pfalz. Landesvorsitzender Verfolgter Sozialdemokraten und Mitglied des Bundesausschusses.

1955 Wiederwahl in den rheinland-pfälzischen Landtag.

1956 Wiederwahl in den Stadtrat Ludwigshafen.

1957 Beisitzer im Musterungsausschuß beim Kreiswehrrersatzamt Neustadt.

1959 Wiederwahl in den rheinland-pfälzischen Landtag, Mitglied der Bundesversammlung in Berlin; Mitglied des Dreierausschusses des Stadtrates Ludwigshafen für Straßenbenennungen.

1960 Wiederwahl in den Stadtrat Ludwigshafen.

1961 Beisitzer im Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehrrersatzamt Neustadt.

1962 Vorsitzender des Landesausschusses für Verkehrsfragen; Auszeichnung mit der Freiherr-von-Stein-Plakette.

1963 Wiederwahl in den rheinland-pfälzischen Landtag.

1964 Wiederwahl in den Stadtrat Ludwigshafen.

1965 Auszeichnung mit dem Großen Bundesverdienstkreuz; Wahl in den Ortsbeirat Friesenheim.

1966 Wegen Erreichung des Rentenalters erfolgt das Ausscheiden als Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Ludwigshafen. Gesellschafter der Neue Pfälzer Post GmbH Ludwigshafen.

1967 Wiederwahl in den rheinland-pfälzischen Landtag. Mitglied des erweiterten Vorstandes der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald.

1969 Ausscheiden aus dem Stadtrat Ludwigshafen, Auszeichnung mit dem Ehrenring der Stadt.

1970 Mitglied des Rundfunkrats des Südwestfunks.

1971 Ausscheiden aus dem Landtag, Auszeichnung mit Ehrenteller des Landes Rheinland-Pfalz; Vorsitzender des Beirats bei der Justizvollzugsanstalt Frankenthal.

1973 Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Friesenheim und Vorstandsmitglied des Kreisausschusses Ludwigshafen der Arbeiterwohlfahrt; Patientenfürsprecher des Klinikums Ludwigshafen.

1976 Ehrenvorsitzender der SPD Friesenheim.

1977 Bezirksbeauftragter Pfalz für die Seniorenarbeit der SPD, Mitglied des Bundesausschusses.

1983 Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen, Auszeichnung mit dem Landesverdienstorden Rheinland-Pfalz.

1991 Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat der co op Kurpfalz eG.

1993 Ehrenvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Friesenheim.

1994 Herbert Müller stirbt am 24. November in Ludwigshafen.

Zusammengestellt von Klaus J. Becker M.A.